

518/A XXI.GP

Eingelangt am: 26.09.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Regelungen für Mehrwertdienste

Im Tätigkeitsbericht 2000 der Schlichtungsstelle der Rundfunk & Telekom Regulierungs - GmbH werden zahlreiche Beispiele für Probleme bei Datenverbindungen zu Mehrwertnummern angeführt, die sich wegen unzureichenden gesetzlichen Regelungen der Mehrwertdienste einstellen. Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern, wie Deutschland und Großbritannien, beschäftigt sich in Österreich keine per Gesetz oder auf freiwilliger Basis eingerichtete Institution mit der inhaltlichen Regulierung des Bereichs der Mehrwertdienste. Dies führt zu einem mangelhaften Informationsstand über die am Markt agierenden Dienstleister. In der BRD können beispielsweise in einem strittigen Fall Informationen über den Verein „Freiwillige Selbstkontrolle Mehrwertdienste e.V.“ eingeholt werden. Österreich bietet keine derartige Instanz. Da die Vertrauenswürdigkeit eines Dienstleisters ein maßgebliches Kriterium bei der Überprüfung von beanspruchten Rechnungen über Mehrwertdienste ist, sollte es eine Instanz geben, die die Vertrauenswürdigkeit eines Dienstleisters (qualifiziert) einschätzt. Deshalb könnte die Einrichtung eines funktionierenden Regulierungsregimes für Mehrwertdienste zu gesicherten Marktverhältnissen sowohl für die Dienstleister als auch für die Nutzer des Services führen. International gibt es dafür verschiedene Ansätze:

- Einrichtung einer freiwilligen Selbstkontrolle unter der Leistung einer gesetzlichen oder freiwilligen Interessensvertretung mit Unterstützung des Telekom - Regulators;
- legislative Mittel in Form von
 - Verhaltenskodex per Gesetz/Verordnung
 - Verbot bestimmter Dienste
 - Inkraftsetzen eines Verhaltenskodex per Konzessionsauflage durch die gesetzlich ermächtigte Regulierungsbehörde.

Wegen der sich häufenden Probleme und Beschwerden besteht dringender Handlungsbedarf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Verkehrsministerin werden aufgefordert, gemäß den Erfahrungen des Telekom - Regulators baldigst Regelungen über einen Verhaltenskodex für Anbieter von Mehrwertdiensten zu initiieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuss vorgeschlagen.